

Lohnbewegung in der chemischen Industrie in Wien und in Niederösterreich.

Durch die Arzelsnot gezwungen, haben auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie den Weg zu ihrer Organisation gefunden. Seit Beginn des Jahres 1917 vollzieht sich ein unaufhörliches Zustromen von neuen Mitgliedern, die den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erfasst haben. Schon im Jahre

1917 und im ersten Halbjahr 1918 wurden durch den Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie für die meisten Betriebe namhafte Verbesserungen auf dem Gebiet der Entlohnung und Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt. Diese Arbeiten waren um so schwieriger, als die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben sehr verschieden waren. Sehr selten ist eine gleiche Arbeitszeit anzutreffen, noch seltener eine gleichmäßige Entlohnung. Die Anforderungen, die durch die Kriegsverhältnisse an die Arbeiterschaft gestellt wurden, sind ganz besonders in der chemischen Industrie gewachsen. Es ist eine schon längst bekannte Tatsache, daß in keinem Industriezweig das Leben und die Gesundheit der dort Arbeitenden so gefährdet sind wie gerade in diesem Industriezweig. In den meisten Betrieben wird kontinuierlich gearbeitet. Was das heißt, kann nur derjenige ermessen, der unter den heutigen Ernährungsverhältnissen diese Arbeit aus praktischer Erfahrung kennt. Die Verkürzung der Prokradation hat diese Arbeiterschaft um so härter getroffen, als sie durch die üblichen niederen Löhne absolut nicht in der Lage ist, sich irgendwie Ersatzmittel zu beschaffen. Die Erhöhung des Lohneinkommens würde zur brennenden Notwendigkeit. Durch den Verband wurden nun den Unternehmern vorige Woche die Forderungen der Arbeiterschaft in Wien und Niederösterreich unterbreitet.

Diese Forderungen beinhalten eine Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit, angemessene Entlohnung und Kriegszulagen, Familienzulagen, Urlaub etc. Die Unternehmer haben bereits vorige Woche dazu Stellung genommen und beschlossen, die Forderungen durch die Beschwerdekommision einer Entscheidung zuzuführen. Der Verband wurde davon verständigt und hat bereits die Forderungen der Beschwerdekommision in Wien überreicht.

Ob diese Haltung der Unternehmer klug zu nennen ist, wollen wir heute nicht beurteilen. In ihrem eigenen Interesse und auch im Interesse der Industrie selbst ist es aber gelegen, daß so rasch als möglich eine einheitliche Regelung dieser Fragen erzielt wird. An den Herren Unternehmern liegt es nun, ob sie so viel Einsicht besunden, den bescheidenen Wünschen ihrer Arbeiter entgegenzukommen.